Belastungen aus dem Verkehr senken!

Deklaration

verabschiedet von der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA anlässlich ihrer Jahreskonferenz 1994 in Belluno/Veneto.

In Erinnerung an die Deklaration der CIPRA vom 1. Oktober 1988 in Triesenberg/FL zum Transit-Verkehr in den Alpen, die nach wie vor volle Gültigkeit und Dringlichkeit hat, richten 150 Experten und Delegierte der CIPRA aus allen Alpenstaaten folgende Forderungen an die für den Alpenraum Verantwortlichen in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Verbänden:

Die Bürgerinnen und Bürger Europas werden aufgefordert,

(1) ihre Verantwortung für die Erhaltung einer lebenswerten gesunden Umwelt wahrzunehmen und die mit privaten PKW zurückgelegten jährlichen Kilometerleistungen bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte zu reduzieren und jährlich eine diesbezügliche persönliche Erfolgsbilanz zu erstellen.

Die politischen Entscheidungsträger Europas, insbesondere der Gemeinden, Regionen und Staaten des Alpenraumes sowie der Europäischen Union, werden aufgefordert,

(2) lokale und regionale Verkehrskonzepte zu erstellen, die zu einer Reduktion des Verkehrsvolumens führen und die in ein für den gesamten Alpenraum zu erstellendes Verkehrskonzept zu integrieren sind,

(3) den motorisierten Individualverkehr einzuschränken, vor allem in ökologisch sensiblen Gebieten, Ausflugsgebieten, Siedlungen oder Tälern,

(4) den Bau von land- und forstwirtschaftlichen Erschliessungsstrassen auf das zwingend notwendige Mass zu begrenzen, Erschliessungsalternativen zu prüfen (z.B. Seilbahnen, etc.), eine angemessene Umweltverträglichkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen, die zweckfremde Benutzung des Strassennetzes wirksam zu unterbinden und nicht mehr benötigte Strassen aufzuheben,

(5) den motorisierten Flugverkehr in den Alpen unterhalb von 5000 m über NN, insbesondere zu Sport- und Tourismus-Zwecken, aus Lärmschutzgründen konsequent zu reduzieren und über Schutz- und Ruhegebieten ganz zu untersagen, um dem Menschen und der Tierwelt lärmfreie Erholungs- und Rückzugsräume zu sichern. Helikoptertourismus und Ultraleichtfliegerei sind aus diesen Gründen in den Alpen nicht mehr zu verantworten und ganz zu verbieten,

(6) Neubauten und Ausbauten von Verkehrs-Infrastrukturen in den Alpen einer strengen Bedarfsprüfung und einer angemessenen Raum- und Umweltverträglichkeits-Prüfung zu unterziehen, und es sind ausreichende flankierende Massnahmen zur Begrenzung negativer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt vorzusehen,

(7) die Inhalte der vom Schweizer Volk am 20. Februar 1994 angenommenen Alpen-Initiative zum alpenweit gültigen Standard zu machen und damit u.a. auf den Bau von neuen alpenquerenden Hochleistungsstrassen zu verzichten sowie den alpenquerenden Güterverkehr innerhalb von zehn Jahren auf die Schiene zu verlagern,

(8) auf Strecken für Hochgeschwindigkeitsbahnen für den Personentransport im Alpenraum aus Gründen des Lärmschutzes, des Energie- und Landschaftsverbrauchs zu verzichten,

(9) auf den Bau von Eisenbahn-Basistunneln dort solange zu verzichten, wo die Möglichkeiten des Ausbaus, der Modernisierung und der effizienten Nutzung der bestehenden Eisenbahnstrecken noch nicht erschöpft sind, was heute z.B. für den Gütertransport am Brenner fast zu 25 % der Fall ist,

(10) die Preise für Treibstoffe und Lenkungsabgaben bis zum Jahr 2000 linear bis auf ein Niveau zu heben, das alle internen und externen Kosten, die aus dem Verkehr erwachsen, abdeckt;

(11) die so erreichte finanzielle Entlastung der öffentlichen Haushalte ist für folgende Zwecke einzusetzen: Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Radwegenetzes sowie steuerliche Entlastungen, unter Berücksichtigung ihrer sozialen Ausgewogenheit, vor allem in den peripheren Räumen.

Alpenkonvention

Die am 7. November 1991 von den Regierungsvertretern der sieben Alpenstaaten und der Europäischen Union in Salzburg unterzeichnete und inzwischen von drei Vertragsstaaten (Österreich, Liechtenstein und Deutschland) ratifizierte Alpenkonvention verfolgt im Bereich Verkehr das Ziel, Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Mass zu senken, das für Menschen, Tiere und Pflanzen und deren Lebensräume *erträglich ist*. Bezüglich der Emissionen in die Luft geht die Konvention sogar noch weiter und verlangt eine Senkung auf ein *nicht schädliches* Mass (Art. 2 (2) lit j und c).

Damit sind strenge Vorgaben für das in Ausarbeitung befindliche Verkehrs-Protokoll der Alpenkonvention gemacht worden, denen der derzeit vorliegende Entwurf nicht gerecht wird.

Die CIPRA fordert die Vertragsstaaten auf, die in dieser Deklaration enthaltenen Forderungen in das Verkehrs-Protokoll aufzunehmen und die in Art. 2 (2) der Alpenkonvention gemachten Vorgaben konsequent umzusetzen.

Belluno, den 6. Oktober 1994

Josef Biedermann
Präsident der CIPRA-International

Helmuth Moroder
Präsident der CIPRA-Italien für die nationalen CIPRA-Komitees